wenn sie nach der Strafverbüßung wieder in ihrem Betrieb, wenn auch an anderer Stelle, ihre Arbeit aufnimmt und durch die Einbeziehung in das Kollektiv zu einem verantwortungsbewußten Menschen erzogen wird.

Wichtig ist, die Entscheidung darüber, welcher Personenkreis zum Verfahren zu laden ist, bereits beim Erlaß des Eröffnungsbeschlusses mit den Schöffen gemeinsam zu fassen. Daher muß eine sorgfältige Durchsprache des Verfahrens mit den Schöffen erfolgen. Über weitere Möglichkeiten, die Schöffen in die gesellschaftliche Erziehung einzubeziehen, bestehen nur wenige Erfahrungen. Zwar wurden in einigen Fällen die Schöffenkollektive vom Termin benachrichtigt, ohne daß sich dies jedoch später auswirkte. Die Hauptaufgabe der Schöffen bei der gesellschaftlichen Erziehung müßte m. E. darin bestehen, die Auswertung eines solchen Verfahrens im Betrieb in Form einer Justizaussprache vorzubereiten. Es würde dagegen die Aufgaben der Schöffen überschreiten, wenn sie ständig kontrollieren sollten, ob die vom Gericht empfohlenen Maßnahmen auch eingehalten werden. Rücksprachen mit Schöffen bestätigten die Auffassung, daß dies in zeitlicher Hinsicht eine zu große Belastung bedeuten würde.

Der Begriff „gesellschaftliche Erziehung“ darf aber nicht zu eng gefaßt werden. Die gesellschaftliche Erziehung kann doch nicht erst dann einsetzen, wenn ein Bürger straffällig geworden ist. Sie umfaßt vielmehr die ganze vorbeugende Tätigkeit des Gerichts. Notwendig ist, die politische Massenarbeit auf ein höheres Niveau zu heben, so daß sie eine wirksame gesellschaftliche Umerziehung der Bürger und ihres Bewußtseins zur Folge hat.

Die gesellschaftliche Erziehung verlangt auch eine bessere Zusammenarbeit mit der Presse. Die Richter des Stadtbezirksgerichts Berlin-Köpenick haben damit begonnen, zu wichtigen Verfahren die Redakteure der Betriebszeitungen und der Heimatzeitung der Nationalen Front einzuladen. Die Bereitschaft dieser Redakteure, justizpolitische Probleme an Hand von kon-

kreten Verfahren zu behandeln und auch Artikel der Richter zu veröffentlichen, ist sehr groß. Eine solche Arbeit dient ebenfalls der gesellschaftlichen Erziehung und bezieht einen großen Teil der Werktätigen in die Arbeit des Gerichts ein.

Die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Köpenick trug der Bedeutung der gesellschaftlichen Erziehung u. a. dadurch Rechnung, daß sie in ihrer Sitzung vom 26. Januar 1959 nach der Berichterstattung des Direktors über die Arbeit des Gerichts im vergangenen Jahr und die Aufgaben in Vorbereitung der Richterwahl zu diesem Problem Stellung nahm*.

Die Richter des Stadtbezirksgerichts Berlin-Köpenick sind der Überzeugung, daß die Einbeziehung breiter Teile der werktätigen Bevölkerung in die gerichtliche Tätigkeit erst zur vollen Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidungen führt und daß die Durchführung eines Verfahrens ohne die gleichzeitige Einleitung von Maßnahmen der gesellschaftlichen Erziehung unvollständig ist.

JOACHIM SCHLEGEL,

Direktor des Stadtbezirksgerichts Berlin-Köpenick

* Ziff. 6 des Beschlusses lautet: „Die Entwicklung zum sozialistischen Volksgericht wird nicht zuletzt dadurch bestimmt, in welchem Maße es gelingt, die gesellschaftliche Erziehung zum untrennbaren Bestandteil der gesamten richterlichen Tätigkeit und zu einer Angelegenheit aller Bürger zu machen.“

Diese Aufgabe kann jedoch nur in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Betriebe, der gesellschaftlichen Organisationen und der Bezirksverordneten gelöst werden.

Den Leitern und Funktionären der volkseigenen Betriebe sowie allen verantwortlichen Funktionären der gesellschaftlichen Organisationen wird empfohlen, nach der Gerichtsverhandlung gegen Betriebsangehörige bzw. Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen gemeinsam mit den Richtern und Schöffen Maßnahmen zu beraten, wie dem straffällig gewordenen Bürger geholfen werden kann, sich zu einem verantwortungsbewußten Menschen zu entwickeln.

Den Massenorganisationen — besonders dem FDGB — wird empfohlen, sich bei der Erziehungsarbeit aktiver als bisher mit einzudhalten und den Staatsanwälten, Richtern und Schöffen zu ermöglichen, in Funktionär- oder Aktivtagungen sowie in Mitgliederversammlungen über Wesen und Zielsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu sprechen.“

Tribüne des Lesers

Frauen aus der Justiz arbeiten in der Produktion

Am 8. Dezember 1958 nahmen wir in der volkseigenen Schuhfabrik Paul Schäfer, Erfurt, Werk IV, in dem vorwiegend Frauen beschäftigt sind, die Arbeit auf. Als erstes wurden wir vom Parteisekretär und vom Betriebsleiter sowie von der Vorsitzenden des Frauenausschusses begrüßt und mit dem Produktionsablauf des Betriebes vertraut gemacht. Wir arbeiteten eine Woche lang in der Stepperei in einem großen Saal mit 120 Frauen und Mädchen zusammen. Bereits nach wenigen Tagen beherrschten wir die uns zugewiesene Arbeit — Vorarbeiten in der Stepperei — soweit, daß wir die Norm erfüllen konnten. Wir bekamen auf diese Weise einen direkten Einblick in den Ablauf der Produktion, erlebten, wie die TAN entstehen, und sahen, unter welchen Arbeitsbedingungen — Arbeitsplatz, Lärmeinwirkung, Luftverhältnisse usw. — die Arbeiterinnen in einem solchen Großbetrieb ihr tägliches Pensum schaffen.

Am dritten Tag bat uns die Vertreterin des Frauenausschusses, eine Frauenversammlung durchzuführen. Wir nahmen in dieser Versammlung zur Wahl in West-Berlin und zur Frage der Schaffung einer Freien Stadt West-Berlin Stellung. Ferner erklärten wir den Frauen den Sinn unserer Arbeit im Betrieb. Das Vertrauen zu uns wurde dadurch noch vertieft. Die Frauen kamen mit verschiedenen persönlichen und betrieblichen Anliegen zu uns. Sie baten uns um Rat in Ehe- und Unterhaltssachen, hatten Fragen zur Neuregelung des Personenstandswesens, des Strafvollzugs usw. Ferner besprachen die Stepperinnen mit uns Normenfragen. Wir erfuhren auch viele persönliche Anliegen in Unterhaltungen am Arbeitsplatz. Oft mußten wir feststellen, daß die Arbeiterinnen keinen Überblick über Aufgaben und Struktur der Staatsanwaltschaft und des Gerichts

hatten. Jüngere Arbeiterinnen vertraten zum Teil sogar die Meinung, daß wir deshalb in die Produktion kämen, weil wir selbst nicht genug zu tun hätten und ihnen deshalb helfen wollten, den Plan zu erfüllen. Wir beantworteten alle Fragen, gaben verschiedene Anregungen und vereinbarten, im Januar 1959 einen Ausspracheabend mit den Frauen durchzuführen. Besonders dankbar wurde der Hinweis auf die richterliche Rechtsauskunft aufgenommen.

Obwohl die Arbeit für uns körperlich ungewohnt war, haben wir einen sehr wertvollen Einblick erhalten und den Fleiß unserer werktätigen Frauen schätzen gelernt. Wir empfehlen daher allen Juristen, ebenfalls körperliche Arbeit in der Produktion zu leisten. Dieser Einsatz bildet eine wertvolle Bereicherung des Allgemeinwissens und vermittelt vor allem Produktionserfahrungen, die für die staatsanwaltschaftliche und richterliche Arbeit sehr wertvoll sind.

In der Abschlußbesprechung konnten wir dem Leitungskollektiv des Betriebes einige Hinweise geben, z. B. über bessere Bereitstellung des Arbeitsmaterials, Zeiteinsparungen bei einigen Arbeitsgängen, Überprüfung der Normen der Stepperinnen, die auch nach Ansicht der Meisterin neu geregelt werden müssen. Wir erlebten während unseres Arbeitseinsatzes, daß die Frauen Kontakt mit uns suchten. Aus ihrem Verhalten entnahmen wir, daß sie unseren Arbeitseinsatz begrüßt haben. Diese Maßnahme trägt also dazu bei, den Arbeitern zu zeigen, daß auch wir nicht vergessen haben, daß wir aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind.

Wir haben uns vorgenommen, diesen Betrieb ständig zu betreuen. Insbesondere wollen wir Probleme aus unserer Rechtsprechung, z. B. Fragen der gesellschaftlichen Erziehung, Kollegendiebstähle usw., an der dor-